Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/937
03.09.2009

Innenausschuss

56. Sitzung (öffentlich)

3. September 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:25 Uhr

Vorsitz: Winfried Schittges (CDU)

Protokoll: Stefan Welter

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

Der Ausschuss kommt auf Antrag der CDU-Fraktion überein, Tagesordnungspunkt 4 „Bleiberechtsregelung in Nordrhein-Westfalen“ sowie Tagesordnungspunkt 10 „Einwanderungs- und Asylpolitik besser koordinieren – Interessen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften berücksichtigen“ gemeinsam zu beraten.

1 Aktuelle Viertelstunde

a) EU-Projekt zur Unterstützung der Polizeiarbeit in der Türkei **6**

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

b) Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Video-verkehrskontrollen **10**

Auf Antrag der SPD-Fraktion

2 Gesetz zur Modernisierung des nordrhein-westfälischen Sicherheitsrechts 12

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9386

3 Gesetz zur Änderung des Landesdisziplinarrechts 18

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9308

Vorbehaltlich der Zustimmung des Unterausschusses „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses **empfiehlt** der Innenausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den **Gesetzentwurf Drucksache 14/9308 anzunehmen.**

4 Bleiberechtsregelung in Nordrhein-Westfalen 20

Vorlage 14/2768

In Verbindung mit:

Bleiberechtsregelung muss verlängert werden!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9072

Und:

10 Einwanderungs- und Asylpolitik besser koordinieren – Interessen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften berücksichtigen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/9415

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD, den **Antrag Drucksache 14/9415 anzunehmen.**

5 Erwähnung der Zeitschrift „LOTTA“ im Verfassungsschutzbericht 2008 **25**

Bericht der Landesregierung

6 Beförderungsverfahren bei der Polizei im Jahr 2009

Bericht der Landesregierung
Vorlage 14/2773

7 Keine Waffenlager in Privatwohnungen – Für eine konsequente Novellierung des Waffenrechts! **28**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9040

in Verbindung mit:

Illegale Zugriffe auf legale Waffen verhindern, Anzahl legaler Waffen reduzieren

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9174

Nachdem die SPD-Fraktion ihren Entschließungsantrag Drucksache 14/9174 zurückgezogen hat, **lehnt** der Ausschuss den **Antrag Drucksache 14/9040** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ab.**

8 Entwurf einer Verordnung über die Regelungen von Zuständigkeiten nach dem öffentlichen Vereinsrecht **30**

Vorlage 14/2690

Der Ausschuss nimmt die Verordnung ohne Diskussion zur Kenntnis.

9 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Befristung von Rechtsvorschriften mit Beteiligung des Landtags im Geschäftsbereich des Innenministeriums und des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration **31**

Vorlage 14/2755

Der Ausschuss stellt ohne Diskussion das Einvernehmen mit den Artikeln 1 und 4 bis 7 der Verordnung fest und nimmt die übrigen Artikel mit Ausnahme des Artikels 3 zur Kenntnis, der in die Zuständigkeit des Ausschusses für Generationen, Familie und Integration fällt.

11 Erweiterung des Internetadressraums um regionale Top-Level-Domains **32**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/9414

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den **Antrag Drucksache 14/9414 anzunehmen.**

12 Attraktivität der freiwilligen Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen erhalten und steigern – Altersversorgung für ehrenamtliche Feuerwehrleute schaffen! **33**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9272

13 Verschiedenes **34**

Der Ausschuss kommt überein, sich über die zeitliche Planung in Bezug auf die Haushaltsberatungen in einem Obleutegespräch am kommenden Donnerstag um 13:30 Uhr parallel zur Plenarsitzung zu verständigen.

* * *

3 Gesetz zur Änderung des Landesdisziplinarrechts

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9308

Der Gesetzentwurf wurde am 24. Juni 2009 im Plenum beraten und federführend an den Innenausschuss sowie mitberatend an den Unterausschuss „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses überwiesen.

Vorsitzender Winfried Schittges merkt an, sofern kein Bedarf für eine weitere Beratung bzw. die Hinzuziehung von Sachverständigen gesehen werde, könne man vereinbaren, den Gesetzentwurf jetzt oder in der nächsten Sitzung des Innenausschusses abschließend zu beraten.

Gerd Stüttgen (SPD) teilt mit, seine Fraktion halte eine Anhörung für nicht erforderlich, werde dem Gesetzentwurf allerdings nicht zustimmen. Die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens in Disziplinarangelegenheiten führe zu einer Verkürzung der Rechtsschutzmöglichkeiten.

Darüber hinaus behaupte die Landesregierung, dass dieser Gesetzentwurf nur eine deklaratorische Regelung enthalte. Tatsächlich aber gebe es im Bürokratieabbaugesetz keinen Hinweis darauf, dass die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens auch für das Disziplinarrecht gelte.

Zudem sehe er insbesondere im Disziplinarrecht keine hinreichende Begründung für die Behauptung, dass die weitestgehende Abschaffung des Widerspruchsverfahrens tatsächlich zu Bürokratieabbau geführt habe. Gerade das Disziplinarrecht erfordere ein hohes Maß an Rechtskenntnis. Die SPD-Fraktion fürchte daher Fehler bei abschließenden Entscheidungen, die letztlich nur in einem gerichtlichen Verfahren angegangen werden könnten, was zu einer Mehrbelastung der Gerichte führe.

Zudem entfalle die Befriedungsfunktion des Widerspruchsverfahrens, die das Verhältnis zwischen Dienstherrn und Beamten in besonderem Maße berühre. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Gleiches gelte für den Wegfall der Gebührenfreiheit.

Seine Fraktion sei aber bereit, heute über den Gesetzentwurf abzustimmen.

Monika Düker (GRÜNE) schließt sich dem Votum der SPD-Fraktion an. Man dürfe Rechtsschutzabbau nicht mit Bürokratieabbau gleichsetzen. Dadurch erhöhe sich das Risiko fehlerhafter Abschlussentscheidungen. Wie auch in anderen Bereichen lege die Landesregierung durch die Abschaffung der Gebührenfreiheit die Hürden für den Rechtsschutz immer höher.

Die CDU-Fraktion unterstütze den Gesetzentwurf, so **Werner Lohn (CDU),** da es sich im Wesentlichen um redaktionelle Anpassungen handele und man in sachlich angemessener Weise Rechtsgebiete in das Disziplinarrecht überführe. Seine Fraktion wolle ebenfalls auf eine Anhörung verzichten.

Horst Engel (FDP) erklärt: „Nach Vorlage“.

Vorsitzender Winfried Schittges fasst zusammen, alle Fraktionen wollten auf eine Anhörung verzichten. Er schlägt vor, vorbehaltlich der Zustimmung des Unterausschusses „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses über diesen Gesetzentwurf abzustimmen.

> Vorbehaltlich der Zustimmung des Unterausschusses „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses **empfiehlt** der Innenausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den **Gesetzentwurf Drucksache 14/9308 anzunehmen.**